

Konsolidierungsvertrag

zur Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP)

zwischen

dem Land Rheinland-Pfalz,
vertreten durch

die Kreisverwaltung Cochem-Zell

und

der Ortsgemeinde Hambuch
vertreten durch
den Ersten Beigeordneten Klaus Hoffmann

Präambel

Zum Abbau der in der Vergangenheit aufgelaufenen hohen Verbindlichkeiten der kommunalen Gebietskörperschaften aus der Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung wurde am 22. September 2010 von Ministerpräsident Kurt Beck und den Vorsitzenden der kommunalen Spitzenverbände die Gemeinsame Erklärung zum "Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP)" (im Folgenden: „Rahmenvereinbarung“) unterzeichnet. Der KEF-RP soll ein Maximalvolumen von 3,825 Mrd. Euro aufweisen und über eine Laufzeit von 15 Jahren ab 2012 jährlich bis zu 255 Mio. Euro aufbringen, um damit bis zu zwei Drittel der Ende 2009 bestandenen kommunalen Liquiditätskredite zu tilgen und die fälligen Zinsen zu decken.

Die Finanzierung des Fonds erfolgt zu einem Drittel durch das Land aus Mitteln des allgemeinen Landeshaushalts, zu einem weiteren Drittel durch die Solidargemeinschaft aller rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände aus Mitteln des kommunalen Finanzausgleichs und zum restlichen Drittel durch die teilnehmenden Kommunen selbst über eigene Konsolidierungsbeiträge. Nähere Einzelheiten zum Vollzug des Entschuldungsprogramms sind in dem zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem Land abgestimmten „Leitfaden zur Umsetzung des Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP)" (im Folgenden: „Leitfaden“) geregelt.

Der Abschluss des vorliegenden Konsolidierungsvertrages ist Voraussetzung für die Teilnahme am KEF-RP. In dem Konsolidierungsvertrag werden die wesentlichen Bedingungen der Programmteilnahme festgelegt, insbesondere wird der Konsolidierungsbeitrag der teilnehmenden Kommune bezüglich seiner Höhe und der zu seiner Realisierung vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen konkretisiert.

§ 1 **Teilnahme am KEF-RP**

In Anerkennung der in der Rahmenvereinbarung und im Leitfaden festgelegten Regelungen sowie unter Berücksichtigung der nachstehenden Konsolidierungszusagen vereinbaren die Vertragsparteien die Aufnahme der teilnehmenden Kommune in den KEF-RP. Der teilnehmenden Kommune werden Entschuldungshilfen aus dem Programm in Aussicht gestellt. Insbesondere unter der Voraussetzung einer erfolgreichen Umsetzung der kommunalen Konsolidierungszusagen im Haushaltsvorvorjahr erfolgt die Bewilligung von Zuweisungen auf den jährlich zu stellenden Antrag der teilnehmenden Kommune für das Haushaltsjahr durch einen Bewilligungsbescheid der zuständigen Bewilligungsbehörde.

§ 2 **Leistungen aus dem KEF-RP, Konsolidierungsbeitrag, Konsolidierungsergebnis**

(1) Der im Rahmen des KEF-RP maßgebliche Liquiditätskreditbestand der teilnehmenden Kommune beläuft sich auf 450.526,74 Euro. Er wird mit einem Anteil von 78,26 v.H. als Gesamtleistung aus dem KEF-RP berücksichtigt und beträgt für die teilnehmende Kommune über die Laufzeit von 15 Jahren unter Berücksichtigung aller drei Finanzierungsanteile 352.582,23 Euro, die Jahresleistung beläuft sich folglich auf 23.505,48 Euro.

(2) Die teilnehmende Kommune verpflichtet sich, ihre eigenen Konsolidierungsmöglichkeiten in dem Umfang auszuschöpfen, dass jährlich mindestens ein Drittel der auf sie entfallenden Jahresleistung des Entschuldungsfonds durch eigene Konsolidierungsanstrengungen aufgebracht wird. Der jährliche kommunale Drittelanteil der teilnehmenden Kommune beläuft sich danach auf mindestens 7.835,16 Euro (Konsolidierungsbeitrag).

(3) Die teilnehmende Kommune verpflichtet sich, ihren Bestand an Liquiditätskrediten jährlich mindestens in Höhe von 80 v. H. der auf sie entfallenden Jahresleistungen des KEF-RP zu vermindern (Konsolidierungsergebnis). Soweit diese Mindest-Nettotilgung in besonderen Einzelfällen ausnahmsweise trotz der Entschuldungshilfen und einer strengen Haushaltsdisziplin nicht realisiert werden kann, müssen die bestehenden Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Liquiditätskrediten bzw. die Begründung neuer Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Liquiditätskrediten wenigstens im möglichen Umfang vermindert werden.

§ 3 Konsolidierungsmaßnahmen

(1) Der zugesagte eigene Konsolidierungsbeitrag in der in § 2 Abs. 2 genannten Höhe wird durch die nachstehenden Einzelmaßnahmen (Maßnahmen sind zeitlich, inhaltlich und hinsichtlich ihres Anteils an dem insgesamt geschuldeten Konsolidierungsbeitrag zu konkretisieren) realisiert werden:

- **Veräußerung von Grundstücken**
Die Gemeinde hat in 2012 ein Grundstück veräußert. Die Einzahlung beträgt 13.000,00 Euro; verteilt auf 15 Jahre ergibt sich damit ein jährlicher Konsolidierungsbeitrag in Höhe von rd. 850,00 Euro.
Weitere Grundstücksveräußerungen werden angestrebt (Kompensationsmaßnahmen).
- **Reduzierung Zinszuschüsse aus Programm „Wiederbelebung Ortskern“:**
Die Zuschüsse sollen bei künftigen Verträgen halbiert werden. Ausgehend von durchschnittlich zwei Neuanträgen im Jahr ergibt sich damit ein jährlicher Konsolidierungsbeitrag von 1.000,00 Euro.
- **Anhebung der Hundesteuer**
Die teilnehmende Kommune hebt ab dem Jahre 2012 die Hundesteuer an; die Steuer für den ersten Hund wird um 10,00 Euro auf 40,00 Euro, die Steuer für den zweiten Hund um 10,00 Euro auf 70,00 Euro, die Steuer für jeden weiteren Hund um 30,00 Euro auf 120,00 Euro angehoben. Gleichzeitig erhöht sich damit die ermäßigte Gebühr für den ersten und zweiten Hund um 5,00 Euro sowie für jeden weiteren Hund um 15,00 Euro. Konsolidierungsanteil mindestens 200,00 Euro jährlich.
- **Anhebung der Steuerhebesätze**
Die teilnehmende Kommune hat zum Jahre 2011 die Hebesätze für Grundsteuer B von 320 v. H. um 18 v. H. auf 338 v. H. (= Nivellierungssatz) angehoben. Unter Zugrundelegung der Erträge aus Grundsteuer B aus den Jahren 2011 und 2012 in Höhe von jeweils rd. 43.600,00 Euro (= 338 v. H.) ergibt sich ein Erhöhungsbetrag von rd. 2.300,00 Euro. Abzüglich der Umlageverpflichtungen (Kreis- und Verbandsgemeindeumlage mit gesamt 81 v. H.) verbleiben der Gemeinde damit Mehrerträge von rd. 450,00 Euro. Konsolidierungsanteil damit rd. 450,00 Euro jährlich.
- **Abschließen von Windkraftverträgen:**
Die Gemeinde hat am 16.12.2010 einen Windkraftvertrag abgeschlossen. Die Auszahlungen durch den Anlagenbetreiber in Höhe von 470.000,00 Euro werden in drei Teilbeträgen gezahlt (bei Baubeginn, Fertigstellung, Inbetriebnahme). Bau, Fertigstellung sowie Inbetriebnahme erfolgen voraussichtlich im Jahre 2013. Demnach ist der Konsolidierungsanteil der Ortsgemeinde damit bereits in voller Höhe erbracht.

(2) Wird nachträglich festgestellt, dass die Konsolidierungsmaßnahmen zur Erzielung des kommunalen Konsolidierungsbeitrags unzureichend sind oder treten durch spätere Entscheidungen der zuständigen kommunalen Organe Änderungen bei den

vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen ein, so sind ausbleibende Konsolidierungseffekte durch alternative Maßnahmen aufgrund kommunalpolitischer Entscheidungen im Einvernehmen mit der Kommunalaufsichtsbehörde vollständig zu kompensieren.

§ 4

Kündigung oder Aussetzung des Konsolidierungsvertrages

(1) Um den angestrebten Entschuldungseffekt sicherzustellen, kommt innerhalb der Laufzeit des Vertrages, vorbehaltlich der Absätze 2 und 3, eine vorzeitige Kündigung nicht in Betracht.

(2) Wird unter Einbeziehung von Kompensationsmaßnahmen der erforderliche kommunale Konsolidierungsbeitrag gemäß § 2 Abs. 2 nicht realisiert und zwischen der teilnehmenden Kommune und der Aufsichtsbehörde auch keine Einigung über einen nachträglichen Ausgleich erzielt, so kann der Konsolidierungsvertrag nach Anhörung der teilnehmenden Kommune vom Land ohne Einhaltung einer Frist gekündigt werden. Entsprechendes gilt, wenn die teilnehmende Kommune ihre Pflichten zur jährlichen Beantragung der Entschuldungshilfe bzw. zum Konsolidierungsnachweis verletzt. Im Falle einer Kündigung kommen für das laufende Haushaltsjahr noch nicht ausgezahlte Bewilligungsmittel nicht mehr zur Auszahlung. Eine Rückforderung bereits ausgezahlter Entschuldungshilfen nach Maßgabe der Regelungen des Zuwendungsbescheids bleibt vorbehalten. Anstelle der Kündigung kommt einmalig auch eine Aussetzung des Vertrages für ein Jahr in Betracht, wenn davon ausgegangen werden kann, dass die teilnehmende Gemeinde ihren Konsolidierungsbeitrag nach Ablauf der Aussetzungsfrist wieder erbringt.

(3) Wenn das Konsolidierungsergebnis gemäß § 2 Abs. 3 Satz 1 nicht erreicht wurde und im Rahmen der Ausnahmebestimmung des § 2 Abs. 3 Satz 2 auch nicht ausreichend dargelegt und begründet wurde, dass die bestehenden Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Liquiditätskrediten bzw. die Begründung neuer Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Liquiditätskrediten wenigstens im möglichen Umfang vermindert wurden, gilt Abs. 2 Satz 1, 3 und 4 entsprechend.

§ 5

Konsolidierungsnachweis

Die teilnehmende Kommune informiert die zuständige Aufsichtsbehörde jeweils zum 30. November des Haushaltsjahres unaufgefordert über die erreichte Umsetzung des Konsolidierungsvertrages im Haushaltsvorjahr. Dies betrifft sowohl den Konsolidierungsbeitrag (Vorlage der entsprechenden Anlage zum Jahresabschluss) als auch den erzielten Stand der Liquiditätskreditbelastungen (Vorlage des Konsolidierungspfades gemäß Muster 5 des Leitfadens). Die Nachweise und der Konsolidierungsvertrag werden gleichzeitig auf der Internetseite der teilnehmenden Kommune eingestellt.

§ 6
Laufzeit des Vertrages

Dieser Konsolidierungsvertrag tritt am 1. Januar 2012 in Kraft und endet spätestens am 31. Dezember 2026 bzw. mit Ablauf des Haushaltsjahres, in dem der Umfang der Liquiditätskredite der teilnehmenden Kommune unter Berücksichtigung der auf den eigenen Haushalt entfallenden Zahlungsmittelbestände erstmals auf ein Drittel des Standes zum 31. Dezember 2009 vermindert wurde, soweit nicht ausnahmsweise ein unmittelbarer Wiederanstieg der Liquiditätskredite absehbar ist.

Cochem, 03.05.2012
Kreisverwaltung Cochem-Zell
In Vertretung

B. Sch. Fischer
.....
Barbara Schatz-Fischer
Kreisverwaltungsdirktorin



Hambuch, 23. April 2012
Ortsgemeinde Hambuch
In Vertretung

K. Hoffmann
.....
Klaus Hoffmann
Erster Beigeordneter



1. Änderung des

Konsolidierungsvertrags zur Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP)

Der am 23.04.2012 seitens der Ortsgemeinde sowie am 03.05.2012 seitens der Kreisverwaltung unterzeichnete Konsolidierungsvertrag wird wie folgt geändert:

I. Änderungen

§ 3

Konsolidierungsmaßnahmen

- **Anhebung der Steuerhebesätze**

Die teilnehmende Kommune hat zum Jahre 2011 die Hebesätze für Grundsteuer B von 320 v. H. um 18 v. H. auf 338 v. H. (= Nivellierungssatz) angehoben. Unter Zugrundelegung der Erträge aus Grundsteuer B aus den Jahren 2011 und 2012 in Höhe von jeweils rd. 43.600,00 Euro (= 338 v. H.) ergibt sich ein Erhöhungsbetrag von rd. 2.300,00 Euro. Abzüglich der Umlageverpflichtungen (Kreis- und Verbandsgemeindeumlage mit gesamt 81 v. H.) verbleiben der Gemeinde damit Mehrerträge von rd. 450,00 Euro.

Darüber hinaus hebt die teilnehmende Kommune ab dem Jahr 2014 ihre Grundsteuer B von 338 v. H. um 50 v. H. auf 388 v. H. an; Konsolidierungsanteil hieraus rd. 6.500,00 Euro.

Die teilnehmende Kommune hat zum Jahre 2014 die Hebesätze für Grundsteuer A von 285 v. H. um 15 v. H. auf 300 v. H. angehoben. Die Mehrerträge aus dieser Maßnahme belaufen sich auf rd. 300,00 Euro.

Aus der Anhebung der Steuerhebesätze ergibt sich damit ein Gesamtkonsolidierungsanteil von rd. 7.250,00 Euro

- **Generierung neuer Erträge aus Regenerativen Energien (Kompensationsmaßnahme)**

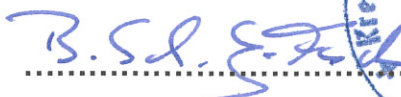
II. In-Kraft-Treten

Die 1. Änderung des Konsolidierungsvertrags zur Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP) tritt rückwirkend zum 01.01.2014 in Kraft.

Cochem, 14.05.2014

Kreisverwaltung Cochem-Zell

In Vertretung



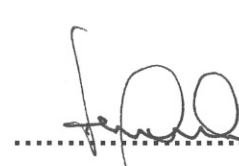
Barbara Schatz-Fischer

Kreisverwaltungsleiterin



Hambuch, 8.5.2014

Ortsgemeinde Hambuch



Franz-Josef Brengmann

Ortsbürgermeister

